

Eine neue Generation Baden- Württemberg

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2019



**Freie
Demokraten**

Landesverband
Baden-Württemberg **FDP**

Eine neue Generation Baden-Württemberg

Kommunalwahlprogramm 2019 - beschlossen auf dem
118. Ord. Landesparteitag am 5. Januar 2019 in Fellbach

Herausgeber:
FDP Baden-Württemberg
Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart
Tel. 0711/666 18-0
Email: fdp-bw@fdp.de
www.fdp-bw.de

Inhalt

Prolog	5
Bauen und Wohnen	6
Wohnungsbau und Bedarf	6
Innenentwicklung und Verdichtung	7
Sanierung kommunaler Bauten	8
Sanierung und Erneuerung	8
Denkmalschutz und Denkmalpflege	9
Verkehr / Infrastruktur / ÖPNV / Sanierung	10
Fahrverbote vermeiden	10
ÖPNV	11
Mobilität der Zukunft	12
Radwege	12
Glasfaser & Mobiles Netz	13
Barrierefreiheit	14
Infrastruktur	15
Sanierung von Infrastruktur	16
Friedhofswesen	17
Umwelt und Energie	17
Kommunale Abfallwirtschaft	17
Lärmschutz in den Kommunen	18
Landnutzung	19
Stadtnatur	20
Hochwasserschutz in den Kommunen	21
Bildung / Betreuung	22
Ausstattung für bessere Bildung	22
Betreuungsplätze für Kinder	23
Schulkindbetreuung	24
Integration	24
Ehrenamt und Vereine	25
Streitkultur in der Kommune pflegen	26
Ehrenamtliches Engagement	27
Vereinsförderung / Vereinsleben	28

Jugend in der Kommune	28
Soziales und Pflege	30
Älter werdende Gesellschaft	30
Ärzte und Hausärzte im ländlichen Raum	31
Krankenhausstrukturen	31
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	32
Geflüchtete	34
Kommunale Finanzpolitik /schlanke Verwaltung / Transparenz für den Bürger	35
Digitalisierung in den Kommunen	35
Kommunale Finanzen	36
Personalmangel in den Verwaltungen	37
Gewerbeflächen	38
Hebesätze Gewerbesteuer	38
Hebesätze Grundsteuer	39
Jugendgemeinderäte und Jugendbeteiligung	40
Kommunale Partnerschaften	41
Leitbilder kommunaler Entwicklungen	42
Wirtschaft	43
Einzelhandel	43
Mittelstandspolitik	43
Hotels und Gaststätten	45
Innovationen und Firmengründungen	45
Interkommunale Gewerbegebiete	46
Landwirtschaft und regionale Produkte	46
Tourismusförderung	47
Sicherheit	48
Sicherheit in Kommunen und Landkreisen	48
Polizeipräsenz in den Kommunen	50
Feuerwehren und Brandschutz	50
Index	52

Prolog

Entscheidungen liegen auf der Straße, auf der gesperrten Brücke, die saniert wird. In der Umgehungsstraße, die gebaut wird, auf der zweiten Tischtennisplatte, die auf dem Schulhof installiert wird. Entscheidungen liegen auch im Schlagloch, das umfahren werden muss, im Takt der Abholung der gelben Säcke, die sich vor dem Eigenheim stapeln. Entscheidungen liegen in der belebten Innenstadt, im Gaststättensterben, in der Sperrstunde, in der fehlenden Busverbindung auf dem Land, in der Entfernung zum nächsten Augenarzt, in der digitalen Verfügbarkeit von Leistungen durchs Bürgeramt, in der Sinnhaftigkeit von Schnellbusstrecken und in der barrierefreien Erreichbarkeit des Bahnhofs.

Diese Entscheidungen sorgen für Begeisterung oder Kopfschütteln. Wir laufen jeden Tag auf ihnen, unter ihnen durch oder an ihnen vorbei. Sie prägen das Stadtbild, die Attraktivität unserer Gemeinde. Sie wirken sich auf Tourismus, die Ansiedlung von Arbeitsplätzen, auf die Zufriedenheit der Bürger aus.

Als Freie Demokraten wissen wir, dass jede Gemeinde eigene Herausforderungen, eigene Stärken und eigene Probleme mit sich bringt. Mit diesem Kommunalwahlprogramm wollen wir einen Rahmen setzen mit Ideen und Konzepten, die helfen sollen, gemeinsame Problemlagen und Herausforderungen anzugehen.

Globale Trends und digitalisierte Geschäftsmodelle stellen unsere Kommunen vor solche Herausforderungen. Die Ausdünnung des ländlichen Raums und der große Zuzug von Menschen in die Städte führen zu Wohnungsnot und Preissteigerungen. Fahrverbote drohen den überlasteten Berufsverkehr noch weiter zu belasten. Auch um die Ballungszentren zu entlasten muss der ländliche Raum attraktiver werden. Grundlegende Leistungen wie ärztliche Versorgung, öffentlicher Nahverkehr, Kinderbetreuung und digitale Infrastruktur müssen flächendeckend verfügbar und nutzbar werden. Die Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt erfordert einen Kraftakt, bei dem die Kommunen nicht alleine gelassen werden dürfen. Bei der Bildung,

als für uns wichtigstes Politikfeld, darf weder bei Ausstattung noch beim Zustand der Bildungsstätten gespart werden. Die Verwaltung muss funktionieren, digital und analog, sie muss sich als Dienstleister für die Bürger verstehen. Polizei und Feuerwehren müssen gestärkt, das Ehrenamt gewürdigt und die Rahmenbedingungen für Gastgewerbe und den Einzelhandel verbessert werden. Es gibt also viel zu tun.

Die Vielfalt unserer Kommunen und Kreise ist dabei unsere Stärke.

Bauen und Wohnen

Wohnungsbau und Bedarf

Es fehlt vielerorts an Wohnraum und besonders an bezahlbarem Wohnraum. Kommunen nutzen häufig nicht den planerischen und gestalterischen Spielraum nach Gesetzeslage aus.

Wir wollen bestehende und teilweise veraltete Bebauungspläne an die aktuelle Situation anpassen und beispielsweise die Grundflächenzahl (GRZ), die Geschossflächenzahl (GFZ) oder die Stellplatzzahlen pro Wohneinheit so verändern, dass mehr Neubau oder Wohnraumerweiterungen in bestehenden Baugebieten möglich oder attraktiv werden.

Innenentwicklung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven sind eine Möglichkeit, unbürokratisch bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen. Kommunale Wohnungsunternehmen sowie private Investoren sollen mit Hilfe der Kommunen mehr sozial-geförderten Wohnraum bereitstellen. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Vereinfachung der Vorschriften und eine Konzentration auf wesentliche Standards im Wohnungsbau durch entsprechende Bundes- und Landesgesetzgebung.
- einen schnellen und unbürokratischen Wohnungsbau in Zeiten besonderen Wohnraummangels. Wie im Falle des Wohnungsbaus für die

Anschlussunterbringung von Asylbewerbern muss es auch für andere Gruppen von Wohnungssuchenden (z.B. Studenten, Auszubildende oder überregional/international angeworbene Fachkräfte) flexible Lösungen geben. Auf Flächen, die aufgrund von Bauverordnungen oder Bebauungsplänen nicht für die Wohnbebauung zur Verfügung stehen, soll die Möglichkeit einer Bebauung mit zeitlich begrenzter Wohnnutzung geschaffen werden (temporärer Wohnbau). Neben der öffentlichen Finanzierung derartiger Wohnbauprojekte durch kommunale Wohnbau-Unternehmen sollen auch private Investoren eingebunden werden.

- die Nachverdichtung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven. Auf Enteignungen soll verzichtet werden.
- die Aussetzung der „Netto-Null“ beim Flächenverbrauch.
- die Ausweisung von mehr Bauland, auch unter Ausnutzung aktueller Vorgaben nach dem Baugesetzbuch.
- die Erhöhung der Eigentumsquote im Land durch die Förderung des Erwerbseigentums. Wohneigentum kann auch für mittlere und untere Einkommensgruppen ein wichtiger Baustein zur Altersvorsorge sein.
- die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen.

Innenentwicklung und Verdichtung

Der wachsende Siedlungsdruck ist in vielen Kommunen größer, als dies durch Neubaugebiete bewältigt werden kann. Innenentwicklung und Innenverdichtung sind wichtige Mittel, diesen Siedlungsdruck zu mindern und den Baulandbedarf abzubauen. Innenentwicklung erlaubt teilweise planerisch unbürokratische Regelungen unter Verzicht auf ein förmliches Verfahren. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Favorisierung von Innenverdichtungen (Wohnen, Dienstleistungen, Gewerbe) vor der Konzipierung von Neubaugebieten.

- bauliche Verdichtungskonzepte mit Augenmaß, die von einer breiten Mehrheit getragen werden.
- einen Baulückenatlas sowie Modellvorhaben des Wohnens in rückwärtigen Grundstücksbereichen bei privater Erschließung als gängige Vorhaben der Innenverdichtung.

Sanierung kommunaler Bauten

Viele Landkreise und Kommunen stehen vor einem Sanierungsstau ihrer eigenen Bauwerke.

Gebietsweise behindern der Sanierungsstau und dessen Bewältigung eine Reihe weiterer, öffentlich notwendiger Maßnahmen. Der Sanierungsstau ist teilweise, unterschiedlich in Landkreisen und Kommunen, als Folge versäumter Sofortsanierungen hausgemacht. Deshalb setzen wir uns ein für

- das Bestreben von Landkreisen und Kommunen, Gebäudekataster mit baulichem und technischem Zustand von Gebäuden inklusive Sanierungsbedarf und Zeitpunkt der Sanierung zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.
- die Sofortsanierung kleinerer Schäden an Hochbauten, um den Substanzverfall zu mindern und den Zeitpunkt der Generalsanierung zu strecken.

Sanierung und Erneuerung

Viele Landkreise und Kommunen stehen vor einem Sanierungsstau ihrer Infrastruktureinrichtungen. Kommunale und kreiseigene Verkehrseinrichtungen sind Liegenschaften wie Straßen, Plätze, Brücken, Geh- und Radwege. Diese sind in ihrem Bestand zu erhalten, zu pflegen und als kommunale Pflichtaufgabe derart auszubauen, dass Generalsanierungen sehr weit geschoben werden. Deshalb setzen wir uns ein für

- kommunale Bestrebungen, eigene Liegenschaftskataster mit dem Zustand infrastruktureller Einrichtungen, dem Sanierungsbedarf und dem Zeitplan der Sanierung zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.
- die Sofortsanierung kleinerer Schäden, um den Substanzverfall zu mindern und so den Zeitpunkt der Generalsanierung zu verschieben.

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Denkmalpflege ist eine staatliche und kommunale Aufgabe. Geschützte Denkmäler sind Identifikationsmerkmale der Bevölkerung und steigern die Attraktivität von Landkreisen und Kommunen. Kulturdenkmäler fördern die Identifikation von Bürgerinnen und Bürgern mit einem Landkreis oder einer Kommune und erfüllen Aufgaben, wie etwa das Fremdenverkehrsaufkommen in einer Region zu erhöhen.

Denkmalprogramme von Landkreisen und Kommunen betreffen öffentliche und private Einrichtungen, deren Unterhaltung und Umbauten. Deshalb setzen wir uns ein für

- eigene denkmalpflegerische Strategien von Landkreisen und Kommunen neben denen der Landesdienststellen für Denkmalpflege.
- kommunale Denkmalprogramme zur Unterstützung der denkmalpflegerischen Arbeit privater Träger (Eigentümer, Kirchen, Vereine) durch Beratung und Zuwendung.
- eine einfach anzurufende Schlichtungsstelle beim Landesamt für Denkmalpflege bei Streit- und Konfliktfällen mit privaten Eigentümern.

Verkehr / Infrastruktur / ÖPNV / Sanierung

Fahrverbote vermeiden

Saubere und unbelastete Luft atmen zu können ist Lebensqualität. Die strengen Schadstoffrichtlinien zeigen Wirkung und die Luftqualität in unseren Städten ist heute deutlich besser als noch vor Jahrzehnten. Dennoch drohen einem Großteil der 15 Millionen Diesel-Fahrzeuge und perspektivisch allen Fahrzeughaltern in Deutschland Fahrverbote und ihren Besitzern dadurch eine schleichende Enteignung. Wir Freie Demokraten wissen um die wichtige Rolle des Individualverkehrs im Mobilitätsmix und lehnen Fahrverbote daher grundsätzlich ab. Stattdessen setzen wir uns ein für

- Hardware-Nachrüstungen der betroffenen Fahrzeuge auf Kosten der Hersteller, sofern die Schadstoffemissionen der Fahrzeuge nachweislich manipuliert wurden.
- eine technologieoffene Herangehensweise an die Zukunft der Mobilität, in der der technisch optimierte Verbrennungsmotor eine Rolle spielen kann.
- eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs mit Ausbau multimodaler Angebote und P+R-Lösungen, um eine attraktive Alternative zum Auto im kommunalen Bereich zu schaffen.
- die Prüfung bestehender und künftiger Messstellen auf ihren korrekten Standort, ihre Sinnhaftigkeit und die Korrektheit des Messverfahrens.
- die Planung von Umgehungsstraßen dort, wo Innenstädte besonders unter Lärm- und Schadstoffbelastung durch den Straßenverkehr leiden.

ÖPNV

Ganz egal, ob für Schüler oder Senioren, für Pendler oder all jene, die sich bewusst oder unfreiwillig gegen ein eigenes Auto entschieden haben: Der öffentliche Nahverkehr ist von erheblicher Bedeutung für die Lebensqualität vor Ort. Gleichzeitig verstärkt sich durch sich verändernde demografische Rahmenbedingungen der Rückzug des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) aus der Fläche. Neue Formen der Mobilität stellen jedoch Chancen dar, die wir Freie Demokraten ergreifen möchten. Damit die Nutzung von Bus und Bahn noch attraktiver wird setzen wir uns ein für

- verbesserte Fahrradmitnahme.
- kommunale Verkehrskonzepte, die sämtliche Verkehrsträger vom Rad über den motorisierten Individualverkehr bis hin zum schienengebundenen Transport berücksichtigen.
- einen barrierefreien Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs und einen darauf abgestimmten Busverkehr.
- modernisiertes Wagenmaterial bei Verkehrsbetrieben in kommunaler Trägerschaft, das effizient zu betreiben ist und den Fahrgästen gesteigerten Komfort (WLAN, Steckdosen) bereithält.
- eine engere Taktung, Anschlussmobilität und Zuverlässigkeit/Pünktlichkeit im ÖPNV.
- Mobilitätskonzepte wie ehrenamtliche Bürgerbusse, Carsharing oder Ridepooling, die sowohl im städtischen Bereich als auch in der breiten Fläche die Bereitstellung von öffentlichen Transportdienstleistungen erlauben.
- eine engere Zusammenarbeit der Verkehrsverbände, um durch ein einfaches Tarif- und Fahrkartensystem den ÖPNV attraktiver zu gestalten.
- die Verzahnung unterschiedlicher Verkehrsträger und die Bereitstellung von gebührenfreien P+R-Parkplätzen an strategischen Orten.

Mobilität der Zukunft

Wie die Zukunft der Mobilität aussieht, kann niemand mit letzter Gewissheit sagen. Auch deshalb stehen wir Freie Demokraten für pragmatische Verkehrspolitik und Technologieoffenheit. Langsam aber stetig steigen auch Angebot und Nachfrage im Bereich der Elektromobilität. Gerade für lärm- und schadstoffgeplagte Kommunen können in ihr viele Chancen liegen. Damit die Mobilitätswende auch vor Ort geling setzen wir uns ein um

- Elektroladestationen mit gängigen Anschlüssen und adäquater Ladeleistung an kommunalen Parkplätzen und Parkhäusern bereitzustellen oder zu ermöglichen.
- kommunale Fahrzeugflotten bei Ämtern und kommunalen Betrieben wo wirtschaftlich sinnvoll mit Elektroautos zu ergänzen.
- den ÖPNV wo in kommunaler Hand mit lokal emissionsfreien Bussen auszustatten.
- dort, wo Kommunen Sonderrechte für Elektrofahrzeuge einräumen (reservierte Parkplätze, Nutzung öffentlicher Ladestationen), deren Einhaltung durch die kommunalen Ordnungsdienste sicherzustellen.
- neben der Elektromobilität auch für andere alternative Antriebe offen zu sein. Gerade im ländlichen ÖPNV mit Überlandverkehr können z.B. auch Brennstoffzellenfahrzeuge oder mit synthetischen Kraftstoffen betriebene Verbrenner eine lokal passende Lösung darstellen.

Radwege

Umweltfreundliches Verkehrsmittel für Kurzstrecken oder Expeditionsfahrzeug zur Erkundung der touristischen Schönheiten unseres Landes – Fahrräder erfüllen ganz unterschiedliche Rollen in unserem Verkehrsmix. Radwege sind ein essenzieller Bestandteil eines ganzheitlichen Verkehrssystems und müssen daher Widerhall in kommunalen

Planungen finden. Darum setzen wir uns ein für

- ein ganzheitliches Radwegekonzept, das Anstrengungen von Kommunen, Landkreisen und dem Land Baden-Württemberg bündelt.
- die Bereitstellung gesicherter Abstellmöglichkeiten im städtischen Raum und deren Anbindung an den ÖPNV.
- Radschnellwege, die sicheres weil kreuzungsarmes Vorankommen ermöglichen.
- kommunale Initiativen zur Identifikation und Beseitigung von Gefahrenstellen.
- interkommunale Zusammenarbeit in der Erschließung touristischer Radwanderwege.
- die Bemühungen von Städten und Gemeinden, Veränderungen im innerstädtischen Verteilerverkehr (Elektrolastenfahrräder, Pedelecs, etc.) proaktiv zu begleiten.
- die Arbeit von Jugendverkehrsschulen als Übungsfelder der Verkehrsteilnehmer von morgen.

Glasfaser & Mobiles Netz

Flächendeckende Glasfaserversorgung ist der Faktor schlechthin für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen in Baden-Württemberg. Wir Freie Demokraten stehen für eine Infrastruktur, die sich mit den führenden Ländern der Welt messen kann. Unsere Wirtschaft braucht High-speed-Internet ebenso wie der Netflix-User auf dem heimischen Sofa. Deshalb setzen wir uns ein für

- glasfaserbasiertes Internet für jeden Haushalt und für jede Einrichtung (Fiber-to-the-Building, FTTB) mit Übertragungsraten im Gigabit-Bereich.

- die Berücksichtigung des Glasfaserausbaus bei jedweden Tiefbauarbeiten auf kommunaler Ebene.
- National Roaming, also die Freischaltung bestehender Funkmasten für sämtliche Anbieter, was die Netzabdeckung verbessert und für mehr Wettbewerb sorgt.
- die Gründung interkommunaler Zweckverbände zur Verbesserung der Abdeckung in Gebieten, die von Marktversagen betroffen sind.
- einen flächendeckenden Ausbau der mobilen Netzabdeckung zum aktuellen 5G Übertragungsstandard, sowohl in Ballungsgebieten als auch im ländlichen Raum.

Barrierefreiheit

Mobile Teilhabe braucht eine umfassende Barrierefreiheit. Davon profitieren alle Generationen: vom Kleinkind im Kinderwagen bis zu den hochbetagten Großeltern und Urgroßeltern. Barrierefreiheit ist mehr als abgesenkte Bordsteine und stufenlose Zugänge. Es geht auch um Orientierungshilfen für blinde / sehbehinderte Menschen, Informationen in „Leichter Sprache“, Kommunikationshilfen (Gebärdensprache, Untertitel, induktive Höranlagen), Kontraste, Schriftgrößen, das sog. „Zwei-Sinne-Prinzip“ u.v.m. Eine weitgehend barrierefreie Infrastruktur ist daher für alle Gemeinden ein Standortvorteil. In manchen Aufgabefeldern sind Gemeinden und Landkreise selbst gefragt, z.B. im Bereich Verwaltung, vorschulische und schulische Bildung, kommunale Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen, Öffentlicher Personennahverkehr. Barrierefreiheit ist eine Aufgabe für alle. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen Leben selbstbestimmt und ohne fremde Hilfe vor Ort teilhaben können, fordern wir

- eine frühzeitige Beteiligung von Menschen mit Behinderungen als „Experten in eigener Sache“ bei der Planung und Umsetzung kommunaler Maßnahmen, z.B. durch eine enge Zusammenarbeit mit Beiräten von Menschen mit Behinderungen und Seniorenräten.

- Aktionspläne zur Umsetzung von mehr Barrierefreiheit (einschl. der Bestandsaufnahme bestehender Barrieren und dem Festlegen von Prioritäten bei der Umsetzung).
- möglichst alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das gesetzlich verankerte Ziel, bis zum 1.1.2022 eine vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV herzustellen, zu erreichen (geeignete Maßnahmen dazu sind u.a. auch Symbole im barrierefreien Busverkehr, Kennzeichnen von barrierefreien Bussen und Bahnen in Aushangfahrplänen).
- Konzepte für einen barrierefreien Fußverkehrs-Check vor Ort.
- die Schaffung von barrierefreien Wohnungen.
- mehr barrierefreie Toilettenanlagen (einschl. Wickelmöglichkeiten für Kleinkinder und Erwachsene, sog. „Toiletten für alle“) im öffentlichen Raum.

Infrastruktur

Straßen und Wege sind mehr als Bauprojekte – sie verbinden Menschen und bilden das Rückgrat städtischen und dörflichen Lebens. Gleichzeitig stellen Bau und Instandhaltung mitunter einen der größten Haushaltsposten der Kommunen dar. Effizientes und bedarfsgerechtes Bauen ist daher für uns Freie Demokraten eine Grundvoraussetzung in der kommunalen Infrastrukturpolitik. In Zeiten sich stark verändernder Anforderungen und Sanierungsstaus bei der Bereitstellung von Infrastruktur setzen wir uns ein um

- einen Fokus auf die Sanierung bestehender Infrastruktur zu setzen und dem schleichenden Substanzverlust wo notwendig mit Generalsanierungen entgegenzutreten.
- die bestehende Verkehrsinfrastruktur durch intelligente Leitsysteme und digitales Parkraummanagement zu optimieren.

- bei der Planung neuer Verkehrsprojekte verschiedenste Verkehrsträger vom Fahrrad bis zum ÖPNV zu berücksichtigen und so den intermodalen Verkehr zu stärken und die Sicherheit im Stadtverkehr zu erhöhen.
- bei neuen Einrichtungen zu prüfen, inwiefern deren Planung und Ausführung durch Erschließungsgesellschaften erbracht werden kann. Dabei sind neben Zeit- und Kostenaspekten auch die Versorgungssicherheit und Qualität der Ausführung zu evaluieren.
- punktuell zu prüfen, bei welchen Infrastrukturprojekten durch interkommunale Zusammenarbeit Effizienzgewinne erzielt werden können. Erreichbarkeit und Nutzerfreundlichkeit müssen bei solchen Projekten jederzeit gegeben sein.

Sanierung von Infrastruktur

Mit der Planung und dem Bau von Infrastrukturprojekten ist für Kommunen die Arbeit keineswegs beendet – sie fängt viel eher gerade erst an! Denn mit jeder Einweihung einer neuen Einrichtung beginnt bereits deren Verfall. Ihm entgegenzuwirken, Funktionsfähigkeit und Sicherheit jederzeit sicherzustellen, ist eine der zentralen kommunalen Pflichtaufgaben. Vor dem Hintergrund von Zerfall und Sanierungsstau setzen wir uns ein für

- ein digitales Infrastrukturkataster für bestehende Objekte, das Auskunft über Zustand, Sanierungsbedarf und Zeithorizont aller kommunalen Liegenschaften gibt.
- eine verbesserte technische Ausstattung der Kommunen, damit Schäden (z.B. an Brücken oder Kanälen) rechtzeitig erkannt und behoben werden können.
- die Priorisierung von Sofortreparaturen gegenüber zeitlich hinausgezögerten Generalsanierungen.
- die Erarbeitung kommunaler Maßnahmenprogramme zur Erhaltung der Kanalisationsnetze, die Grundwasser- und Bodenschutz ebenso ins

Auge fassen wie Synergieeffekte mit anderen Infrastrukturprojekten und energetischer Nutzbarmachung der Abwasserwärme.

Friedhofswesen

Die Bedeutung der Friedhöfe wird vielerorts auf Bestattungen und Besuche der verstorbenen Angehörigen reduziert. Friedhöfe sind mehr: Sie sind Ruhepunkte in einer Gemeinde, Stätten der stillen Trauer und Begegnung. Friedhöfe als „stille Oasen“ einer Gemeinde sind Teil ökologischer Konzepte und Bestandteil des grünordnerischen Gesamtsystems.

Die Qualität von Friedhöfen ist ein Qualitätsmerkmal einer Gemeinde. Ein sorgsam geführter Friedhof zeichnet sich insbesondere durch gepflegte Anlagen mit einem bürgerfreundlichen Leitsystem sowie durch einen barrierefreien Zugang aus. Auch Ruhezone mit Sonnenschutz, ein Schneeräumdienst, ausreichend Wasserzapfstellen mit Leihgießkannen und ein Leihwagensystem gehören zu einem gut ausgestatteten Friedhof. Deshalb setzen wir uns ein für

- vielfältige Beerdigungsformen mit Erdbestattungsgräbern (Wahl- und Reihengräber) bis hin zu individuellen Formen wie z.B. Baum- oder Rasengräber, Kolumbarien (Urnenwände) oder anonyme Urnengräber.
- die bevorzugte Beauftragung von freiberuflichen Bestattern, Friedhofsgärtnern und Steinmetzen durch die Gemeinde.

Umwelt und Energie

Kommunale Abfallwirtschaft

Eines der wichtigsten Zukunftsthemen wird sein, wie wir mit unseren Abfällen umgehen. Wir Freie Demokraten sehen den Trend zur Kommunalisierung in der Abfallwirtschaft kritisch. Private Entsorger haben

gerade in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie in Zukunftstechnologien investieren. Wir stehen daher für einen freien und fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Entsorgern. In der Abfallwirtschaft geht es um viel Geld. Wir stehen für einen Wettbewerb der besten Lösungen, damit wir unsere moderne Entsorgungswirtschaft effizient und kostengünstig weiterentwickeln können. Deshalb setzen wir uns ein für

- faire Ausschreibungen von Entsorgungsleistungen, bei denen private Entsorger eine Chance haben, den Zuschlag zu erhalten.
- Privat vor Staat – wenn das Angebot des öffentlichen Entsorgers dem des privaten gleichwertig ist, soll der private Entsorger den Zuschlag erhalten.
- Technologieoffenheit in den Entsorgungssystemen. Durch technische Lösungen kann Mülltrennung künftig bei den privaten Haushalten reduziert werden. Diese technischen Lösungen sind gerade in größeren Städten aufgrund des Platzmangels zusätzlichen Tonnen vorzuziehen.
- ein transparentes Verfahren, welches die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen vor dem Hintergrund vielerorts knapp werdender Erddeponien, die deshalb in den kommenden Jahren neu ausgewiesen und erweitert werden müssen, rechtzeitig informiert und einen fairen Ausgleich für die Kommunen schafft, welche weitere Deponiekapazitäten anbieten.

Lärmschutz in den Kommunen

Die Menschen in Deutschland sind mobiler geworden. Wohn- und Arbeitsorte sind oftmals nicht mehr in unmittelbarer Nähe zueinander. Gleichzeitig hat der Warenverkehr in Deutschland zugenommen. Auf der einen Seite bedeutet der zunehmende Verkehr für viele Menschen einen Gewinn an Lebensqualität. Für die Anwohner von Straßen, Schienen und Flughäfen ist jedoch der Lärm, der mit zunehmendem Verkehr einhergeht, eine Einschränkung der Freiheit bis hin zur konkreten Gefährdung der Gesundheit. Der Lärmschutz ist daher eine der großen

Zukunftsherausforderungen für unsere Kommunen. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Erstellung eines qualifizierten Lärmkatasters als wesentliche Arbeitsgrundlage der Lärmbegrenzung.
- eine Beschränkung der an Lärmquellen heranwachsenden Bebauung zur Vermeidung von Konfliktpotenzial.
- den Bau von Umgehungsstraßen.
- eine transparente Planung neuer Schienen- und Straßenverkehrswege unter frühzeitiger Einbeziehung der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger.
- mehr Finanzmittel von Bund und Ländern zur Stärkung des aktiven Lärmschutzes für stark belastete Regionen (wie z. B. Schallschutzfenster und Lärmschutzwälle).

Landnutzung

Landnutzung ist in Deutschland ein umstrittenes Thema. Auf der einen Seite steigen in manchen Gebieten die Wohnkosten, da immer mehr Menschen dort wohnen möchten und mehr Wohnungssuchende als Wohnungen vorhanden sind. Den steigenden Kosten kann nur durch den Bau weiterer Wohnungen und damit einhergehend durch die Nutzung weiterer Flächen begegnet werden. Auch für Gewerbe- und Infrastruktur werden in Baden-Württemberg weitere Flächen benötigt. Auf der anderen Seite bedeutet eine zunehmende Bebauung auch einen Verlust an Naturflächen, welche zur Steigerung der Lebensqualität und des Artenschutzes dienen. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine möglichst hohe Eigenverantwortung der Kommunen bei der Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete. Eine nachhaltige Abwägung zwischen der Ausweisung neuer Gebiete und dem Naturschutz kann am besten durch die Verantwortungsträger vor Ort entschieden werden.

- eine innere Nachverdichtung, die der Ausweisung neuer Flächen grundsätzlich vorzuziehen ist. Dabei ist jedoch auch zu beachten, dass die Lebensqualität in den Städten erhalten bleiben muss. Auch Nachverdichtung hat ihre Grenzen.
- Ausgleichsmaßnahmen für Bebauung, die möglichst ortsnah erfolgen sollen. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass auch eine qualitative Aufwertung und Pflege der örtlichen Flächen als Ausgleichsmaßnahmen Berücksichtigung finden.
- einen qualitativen Naturschutz. Deutschland ist eine Kulturlandschaft. Wichtig ist nicht nur das Ausmaß der Flächen sondern deren Pflegequalität. Gerade für dicht bebaute Gebiete ist ein hochwertiger Naturschutz durch das Anlegen von Biotopen, der laufenden Pflege bspw. von Streuobstwiesen, der Pflege der Stadtnatur etc. wichtig.

Stadtnatur

Was viele Menschen nicht wissen: Der Lebensraum in den Städten hat in den vergangenen Jahren einen wichtigen Platz zum Erhalt vieler Arten eingenommen. So finden zahlreiche Wildbienenarten in den Städten Nahrung und einen Lebensraum. In den Nischen der Gebäude und Dächer, in den Gärten, in den Blumentöpfen und Beeten finden viele Tier- und Insektenarten ein Zuhause. Gleichzeitig werden unsere Städte heller. Der zunehmende Einsatz von günstigen LED-Lichtern erhöht das Sicherheitsgefühl der Menschen, beeinflusst aber die Ökosysteme in einem noch nicht absehbaren Ausmaß. Deshalb setzen wir uns ein für

- städtische Grünflächen, auf welchen insekten- und tierfreundliche Blühpflanzen und Hölzer angepflanzt werden.
- eine Informationskampagne in den Städten, um zu zeigen, wie sich die Bürgerinnen und Bürger für mehr Artenvielfalt in den Städten stark machen können.
- Blühstreifen an den Straßenrändern.

- ein integriertes Lichtkonzept zur Vermeidung unnötiger Lichtquellen zum Erhalt der Ökosysteme.
- den Abbau von Lichtbarrieren für Insekten und Tiere.
- kleine städtische Biotope, die in einen flächendeckenden Biotopverbund integriert werden können.

Hochwasserschutz in den Kommunen

Extremwetterereignisse haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Wetterforscher gehen davon aus, dass dieser Trend anhalten wird. Wichtig ist daher, Vorsorge zu betreiben und sich auf solche extremen Naturereignisse vorzubereiten. Ein zentraler Baustein ist daher – neben dem Brandschutz in den Wäldern – auch der Hochwasserschutz. Durch präventive Maßnahmen im Hochwasserschutz können Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe geschützt werden und durch vergleichsweise kleine Investitionen hohe Kosten im Nachhinein vermieden werden. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Überprüfung der notwendigen Maßnahmen vor dem Hintergrund häufigerer und extremerer Wetterereignisse.
- eine Anpassung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen bspw. durch den Bau weiterer Retentionsbecken, die Ausweisung neuer Versickerungsflächen und Renaturierungsmaßnahmen von Gewässern.
- eine Anpassung an veränderte Wetterereignisse wie bspw. die Renaturierung von Flüssen und Bächen und die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten, welche zusätzlich mit Insektenschutzmaßnahmen kombiniert werden kann.
- Schutz und Verbesserung des Stadtklimas durch zahlreiche Maßnahmen im Bereich Stadtgrün. Hierzu können z.B. auch freiwillige Fassadenbegrünungen und andere Maßnahmen gehören.

Bildung / Betreuung

Ausstattung für bessere Bildung

Chancengerechtigkeit ist eine zentrale Aufgabe der Schulen und Kindergärten in Baden-Württemberg. Nicht alle Kinder sind gleich, aber jedes Kind muss die gleichen Chancen haben, sich in einer sich verändernden Welt bestmöglich zu entwickeln. Ein zentraler Baustein der Chancengerechtigkeit sind modern ausgestattete Schulen. Dabei haben unsere Schulen einen besonderen Nachholbedarf bei der Ausstattung im Bereich der Digitalisierung. Wir Freie Demokraten setzen auch im Bereich der Schulen auf mehr Eigenverantwortung der Städte und Kommunen. Auf Landesebene wollen wir hierfür die notwendigen Mittel bereitstellen. Deshalb setzen wir uns ein für

- moderne, sanierte Schulgebäude. Viele öffentliche Gebäude haben einen Sanierungsstau. Besonders schlecht wirkt sich dieses an den öffentlichen Schulen aus. Nur dort, wo sich Schüler wohl fühlen, kann hochwertiges Lernen funktionieren. Hierzu gehören sanitäre Mindeststandards.
- eine zeitgemäße technische Ausstattung von allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen als eine Grundvoraussetzung für bessere Bildung und berufliche Qualifikation. Deshalb sind digitale Kompetenzen zu vermitteln und als eine Kernaufgabe der Schulen voranzutreiben sowie Bildungseinrichtungen flächendeckend mit moderner Technik (Hard- und Software) auszustatten.
- eine Entscheidungsfreiheit der Eltern. Während die Landesregierung sich für den Ausbau der gebundenen Ganztagschule ausspricht, wollen wir die Entscheidungsfreiheit der Eltern durch die Aufnahme der offenen Ganztagschule ins Schulgesetz und die Wiederaufnahme der Schulkindbetreuung von Schulkindern stärken. Außerdem ist bei der Bereitstellung der Räumlichkeiten die Schulkindbetreuung dem Raumbedarf der gebundenen Ganztagschule gleichzustellen und am örtlichen Bedarf auszurichten. Dieser kann am besten von den Entscheidungsträgern vor Ort ermittelt werden.

Betreuungsplätze für Kinder

Ein wichtiger Baustein zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein qualitativ hochwertiger Betreuungsplatz für Kinder. Seit 2013 haben Eltern für Kinder ab drei Jahren hierauf einen Rechtsanspruch. Die Freien Demokraten sehen dabei die Kindertagespflege gleichwertig neben den institutionellen Kinderbetreuungsangeboten. Wir sehen in der Vielfalt der Betreuungslandschaft von öffentlichen und privaten Kindergärten eine Bereicherung für die Kommunen. Nicht der Geldbeutel der Eltern soll entscheidend sein dafür, wo und wie ein Kind betreut wird, sondern die Bedürfnisse des Kindes und der Eltern. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Förderung der Kindertagespflege als gleichwertiges Angebot durch Aufnahme in den Bedarfsplan und zusätzliche kommunaler Förderung.
- eine im Interesse der Planungssicherheit für Tageseltern liegende gesetzliche Verankerung der Pflegeerlaubnis, der Qualifizierung und Fortbildung von Tagespflegepersonen sowie der laufenden Geldleistung.
- eine neutrale Information der Eltern, in welcher sie sich über die pädagogische Ausrichtung der Betreuungsangebote informieren können, um sich dann entsprechend der familiären Bedürfnisse zu entscheiden.
- die Gebührengleichheit zwischen den unterschiedlichen Betreuungsformen und Bildungsträgern.
- kommunale Personalentwicklungspläne, um dem bestehenden Erziehermangel zu begegnen.
- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher, um den Beruf weiter attraktiv zu halten.
- Kooperationen zwischen den Vereinen und Musikschulen mit den unterschiedlichen Bildungsträgern, um durch die entstehenden Synergieeffekte beides attraktiver zu gestalten.

Schulkindbetreuung

Eine zunehmende Anzahl von Familien beweist, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf funktionieren kann. Viele Familien beanspruchen daher schon im Kindergartenalter erweiterte Öffnungszeiten. Diese Familien benötigen auch in der Grundschule noch Betreuungsangebote, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Die Landesregierung setzt hier auf den Ausbau der verpflichtenden Ganztagschule. Die Freien Demokraten hingegen setzen auf das Wahlrecht der Eltern. Viele Familien benötigen individuelle Betreuungsangebote, die dem Erwerbsumfang der Eltern angepasst sind. Deshalb setzen wir uns ein für

- das Wahlrecht der Eltern und kommunales Vorhalten einer Schulkindbetreuung, die flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern eingehen kann.
- die Berücksichtigung der Schulkindbetreuung beim Raumbedarf mit einem ausreichenden Platzbedarf.
- die Verankerung der Bezuschussung der Schulkindbetreuung im Schulgesetz, damit sich das Land angemessen an den Kosten beteiligt und die Kommunen nicht mit den Kosten allein gelassen werden.
- die Berücksichtigung eines Konzepts für geeignetes Personal in der Schulkind- und Hausaufgabenbetreuung beim kommunalen Bedarfsplan - einschließlich einer Fachberatung.

Integration

Die Integration der Menschen aus anderen Ländern mit anderen kulturellen Hintergründen und anderen Sprachen findet in den Kommunen statt. Hier müssen unsere Werte vermittelt werden, hier muss ein Zusammenleben zwischen und mit den Kulturen organisiert werden. Der Grundsatz der Integration muss dabei Fördern und Fordern sein. Die gelingende Integration ist die Voraussetzung für langfristige gesellschaftliche Stabilität und die Sicherung unseres Wohlstands. Deshalb setzen wir uns ein für

- verpflichtende Deutschkurse in den Kommunen, welche beispielsweise über die Volkshochschulen organisiert werden können.
- niedrigschwellige Integrationsangebote in Familienzentren, welche zielgruppengerechte Beratung bieten.
- ein Integrationsmanagement, welches sich an den speziellen Bedürfnissen vor Ort orientiert und das Ehrenamt in seiner Arbeit begleitet.
- niedrigschwellige Bildungsangebote zur Erleichterung des Eintritts in den Arbeitsmarkt. Eine zentrale Forderung der Freien Demokraten in diesem Zusammenhang ist ein Zuwanderungsgesetz.
- die Schaffung von dezentralen Anschlussunterbringungen / Wohnangeboten, da Integration am besten in kleinen Einheiten gelingt.
- die Unterstützung der Vereine vor Ort bei der Integration der Neubürger durch Fortbildungsmaßnahmen und einen hauptamtlichen Ansprechpartner.
- einen fairen finanziellen Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen, welcher sich im Ergebnis in einer Entlastung der Kommunen und dauerhaften Finanzierung der Integrationsleistung manifestiert.

Ehrenamt und Vereine

Die Gemeinde ist die Schule der Demokratie. Zur kommunalen Demokratie gehören für uns die Räte und Bürgermeister, Formen der direkten Demokratie mit Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Einwohneranträgen, informelle Bürgerbeteiligung, ehrenamtliches Engagement und die Bürgerorientierung der Verwaltung.

Streitkultur in der Kommune pflegen

In der streitbaren liberalen Demokratie verdienen gegenteilige Meinungen Antworten, nicht Ausgrenzung. Nur wo Dissens klar formuliert wird, kann der Konsens des Gemeinwohls gefunden und über Kompromisse entschieden werden.

- Positionen, die den liberalen Grundkonsens und seine Spielregeln untergraben, müssen als solche markiert werden, aber die beste Antwort bleibt die klare Haltung, der sachliche Widerspruch und die selbstbewusste Durchsetzung demokratischer Regeln auch für die Feinde der liberalen Demokratie.

- Wir wollen ein respektvolles, inklusives Miteinander ermöglichen. Keinen Platz im demokratischen Streit haben deshalb Hass und Denunziation. Kontraproduktiv ist es auch, wenn Vertreter der „Political Correctness“ den Anspruch auf anständigen und korrekten öffentlichen Umgang miteinander auf die Durchsetzung einer ideal durchnormierten Sprache verkürzen. Denn damit wird befördert, was eigentlich bekämpft werden soll: Der Ausschluss vom demokratischen Gespräch. Wir brauchen keine Kunstsprache, die Unterschiede zuschüttet, sondern das kritische Gespräch, das Unterschiede aufdeckt und fruchtbar macht.

- Selbstbestimmung in allen Lebenslagen braucht vielfältige Bürgerbeteiligung. Die über fünfzigjährige Tradition informeller, rechtlich nicht bindender, aber auf politische Herausforderungen fokussierter Beteiligungsverfahren bereichert unsere Kommunen. Sie machen Demokratie konkret erfahrbar, können den bürger- und sachorientierten Diskurs stärken, ermöglichen gemeinsame Veränderung, sorgen für institutionelles Lernen und schaffen mehr Transparenz und Aufklärung für eine vielfältige und lernende Demokratie.

- Wir wollen, dass demokratische Beteiligung breit erfahren wird. So kann aufsuchende und zielgruppenspezifische Ansprache zum Mitmachen ermutigen, Zufallsauswahl kann unterschiedliche Sichtweisen garantieren, und direkte Formen der Verständigung erhöhen auf allen Seiten das Verständnis füreinander und für das behandelte Problem.

- Nach professionellen Standards moderierte Bürgerbeteiligungsverfahren sollten verstärkt zum Einsatz kommen. Kommunen sollen die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren durch öffentlich anerkannte, wissenschaftlich fundierte und transparent gemachte Grundsätze sichern. Dazu gehören unter anderem ein frühzeitiger Start, ausreichende Ressourcen für die professionelle Durchführung und ein klarer Umgang mit den Ergebnissen. Räte bleiben Letztentscheider.
- Bürgerbeteiligung erfordert die Offenheit von Räten, Bürgermeistern und Kommunalverwaltungen gegenüber neuen Formen der Beteiligung. Wir unterstützen den Aufbau von Organisationseinheiten, in denen Bürgerorientierung und -beteiligung als Querschnittskompetenz in Verwaltungen verankert wird.
- Wir unterstützen die Einführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Einwohneranträgen auch auf Landkreisebene.

Ehrenamtliches Engagement

- Liberale Engagementpolitik eröffnet Chancen, einen Unterschied für das Gemeinwohl zu machen. Jeder Mensch soll vor der Volljährigkeit erfahren haben, wie er einen Unterschied für das Gemeinwohl seiner Gemeinde machen kann. Die historisch gewachsene Vereinskultur in unseren Städten und Gemeinden prägt unsere Demokratie und Lebensqualität.
- Kommunalen Zusammenhalt braucht öffentliche und private Investitionen in den Aufbau und Erhalt öffentlicher und gemeinschaftsbildender Infrastrukturen – von öffentlichen Plätzen über Gemeinde-, Generationen-, Frauen- und Schutzhäuser, wo notwendig Dorfläden und ähnliche Einrichtungen, Bibliotheken und Nahverkehrsangebote bis zu Schulen und Ausbildungsstätten.
- Engagementpolitik ist eine Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung. Wir wollen Bürokratieabbau für bürgerschaftliches Engagement. Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements sollen wohnortnah und verlässlich aufgebaut werden. Stadt- und Gemeinde-

verwaltungen behandeln Bürgerinnen und Bürger als Partner bei der Gewährleistung des Gemeinwohls.

Vereinsförderung / Vereinsleben

Die Kommunen in Baden-Württemberg leben von den vielen Ehrenamtlern, welche sich in Sport, Kunst und Kultur engagieren. Kein Gemeinwesen wäre vorstellbar, ohne die vielen Stunden ehrenamtlicher Arbeit in welcher der Zusammenhalt in den verschiedensten Vereinen gelebt wird und welche kommunal mit ihren Festen, Vorstellungen, Turnieren, Ausstellungen und Veranstaltungen das Stadtbild prägen. Das Ehrenamt braucht aber auch hauptamtliche Unterstützung um das Vereinsleben in den Kommunen lebendig zu halten. Ein lebendiges Vereinsleben gibt den Menschen Wurzeln und eine Heimat.

Die FDP setzt sich ein für:

- angemessene Unterstützung der Vereine durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Ausübung des Vereinslebens.
- angemessene Sportanlagen, ausreichende Hallenverfügbarkeiten und Proberäume.
- kommunale Ehrenamtspreise, damit herausragende Leistungen einzelner für die Kommunen oder Vereine lokal gewürdigt werden können.
- Kooperationen zwischen den Vereinen mit den Schulen, der Schulkindbetreuung und den Kindergärten um den Vereinsnachwuchs zu sichern.

Jugend in der Kommune

Baden-Württemberg ist für viele junge Menschen Lebensmittelpunkt, aber auch aus anderen Bundesländern Anziehungspunkt. Sie studieren hier oder lassen sich ausbilden. Unser Ziel ist es diese Fachkräfte auch langfristig an unsere Region zu binden. Wir möchten ihnen ein attrakti-

ves Wohn- und Arbeitsumfeld bieten. Dabei sind Bildungs- wie Freizeiteinrichtungen, gute Infrastruktur, sowie bezahlbarer Wohnraum wichtige Standortfaktoren, die auch im Blickpunkt kommunaler Maßnahmen stehen sollen. Gerade in einer alternden Gesellschaft dürfen die Interessen der Kinder und Jugendlichen nicht hintenanstehen.

Wir Liberale fordern:

- dass Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen, Fachhochschulen und Kindergärten im Zeitalter der Digitalisierung nicht im internationalen Vergleich hinterherhinken dürfen, sondern alle Bildungseinrichtungen dem Stand der Technik entsprechend ausgestattet werden.
- die Versorgung an Studentenwohnheimplätzen an Universitätsstandorten sicherzustellen, und in neu entstehenden Wohngebieten zu prüfen, ob hier neue Standorte realisiert werden können.
- bezahlbaren Wohnraum auch für Auszubildende vor allem an Berufsschulstandorten anzubieten in Kooperation mit den Kammern und den Betrieben. Der Nutzungsschwerpunkt soll dabei für Auszubildende kleiner und mittlerer Unternehmen gelten, die kein eigenes Angebot schaffen können.
- ausreichend Sport- und Spielstätten für unterschiedliche Altersgruppen (vom Kleinkind bis zu Teenagern) vorzuhalten, regelmäßig instand zu halten und gegebenenfalls neuen Bedarfen anzupassen (Anpassung an das Alter der Nutzer, Umwandlung in naturnahe Spielangebote etc.).

Im Sinne der Generationengerechtigkeit sind bei kommunalen Investitionen auch die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen ausreichend zu berücksichtigen. Wir fordern:

- Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche über geeignete Partizipationsgremien (z.B. Jugendgemeinderäte, Kindergipfel etc.) zu implementieren und zu fördern.

- die Einrichtung und bei Bedarf finanzielle Unterstützung für Jugendtreffs oder andere außerschulische Angebote in städtischer oder privater Trägerschaft.
- ein Vorhalten kommunaler Präventionsangebote (z.B. Suchtprävention, Anti-Mobbingaufklärung, Gewaltprävention, Zielgruppenarbeit).

Soziales und Pflege

Älter werdende Gesellschaft

Der Anteil der älteren Bevölkerung steigt. Einerseits sind viele Senioren heute noch wesentlich aktiver als vergleichbare Altersgruppen früherer Generationen, andererseits nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen zu. Der Wandel der Altersstruktur hat auch Auswirkungen auf die Anforderungen, die eine Stadt erfüllen muss. So wächst die Nachfrage nach seniorengerechten Wohnungen. Gleichzeitig sind die Bestimmungen zur Gründung ambulanter Wohngruppen zu streng. Zur Sicherung der Mobilität und der Teilhabe der Senioren sind orts- und situationsbezogene Ideen gefragt. Ebenfalls besitzen gerade ältere Menschen oft viel Erfahrung und Kompetenz und sind dazu bereit zu vielfältigem Engagement für die Gemeinde. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Entbürokratisierung, wie auch eine Entschärfung bei der Umsetzung der Heimbauverordnung, damit nicht bestehende Pflegeheime den Betrieb einstellen müssen.
- die Herstellung der Barrierefreiheit, einen gut ausgebauten ÖPNV incl. Ruftaxen und Bürgerbussen, einen mobilen Service für einfache Verwaltungsangelegenheiten und organisierte Nachbarschaftshilfe.
- eine Ehrenamtsstrategie gerade für Senioren. Die FDP will Seniorenräte stärken bzw. die Gründung solcher fördern.

Ärzte und Hausärzte im ländlichen Raum

Der Anteil der älteren Bevölkerung in ländlich geprägten Regionen und Kommunen steigt. Gleichzeitig geht die Schere zwischen dem Bedarf an medizinischen Einrichtungen und dem Besatz an Landärzten auseinander. Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung vor Ort ist eine zentrale Herausforderung. Deshalb setzen wir uns ein um

- in Zusammenarbeit mit Kammern, der kassenärztlichen Vereinigung und den kommunalen Landesverbänden, Strategien zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im Ländlichen Raum zu entwickeln und umzusetzen.
- technische Innovationen in der Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg umzusetzen. Die Digitalisierung in Form der Telemedizin bietet große Chancen. Ein gutes Beispiel ist das Modell DocDirekt.
- die Ausrichtung des Studiums der Humanmedizin mehr in Richtung Praxis und Allgemeinmedizin zu bewegen. Es braucht eine konkrete Verbesserung der Rahmenbedingungen. Stichwort ist die Attraktivität des Arztberufs. Das bringt mehr als eine Landarztquote bei Studienplätzen. Hier können auch Kommunen eine aktive Rolle übernehmen, beispielsweise durch Räumlichkeiten für Praxen.

Krankenhausstrukturen

Die Neuordnung der Krankenhausstrukturen ist ein hochsensibles Thema mit deutlich bestehenden und zu erwartenden landesweiten Strukturveränderungen. Rund die Hälfte der Krankenhäuser in Baden-Württemberg macht Verluste. Deshalb ist eine Neuausrichtung der Krankenhausplanung und Investitionsförderung ein wichtiger Beitrag, um zu wirtschaftlich tragfähigen Strukturen zu kommen. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Forderung der baden-württembergischen Landkreise nach Krankenhäusern, die nach objektiven Kriterien bedarfsgerecht und effizient arbeiten und finanziell in die Lage versetzt werden müssen, die unver-

meidlichen Kostensteigerungen zu refinanzieren.

- die für den ländlichen Raum unabdingbare Grund- und Notversorgung, auch wenn diese nur mit Zuschüssen oder Defizitfinanzierungen zu erreichen ist. Das Personalproblem ist kein besonderes Problem des ländlichen Raumes (Personalknappheit und fehlende angemessene Gehälter).

- Verfügbarkeit von Pflegediensten und die Struktur freier, unabhängiger Hebammen.

- regionale Strukturgespräche mit Bürgern als mündigen Patienten für die Planung und Investitionsförderung.

- innovative sektorenübergreifende Versorgungskonzepte unter Berücksichtigung der Belange der niedergelassenen und freiberuflichen Ärzte.

- eine flächendeckende Notfallversorgung innerhalb der gesetzlichen Hilfsfristen und innovative Landkreis-Modellprojekte.

- einen flächendeckenden Ausbau kommunaler, unabhängig beratender Pflegestützpunkte.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zählt zu den großen Herausforderungen für eine in die Zukunft gerichtete Gesellschaft. Ziel muss sein, dass sich die Frage nach ebendieser Vereinbarkeit nicht mehr stellen muss. Familie und Beruf dürfen keine Gegensätze bleiben. Die Zukunft der Arbeit wird durch Home-Office-Modelle und flexiblere Arbeitsmöglichkeiten automatisch dabei helfen, diesen Gegensatz abzuschmelzen. Flankierend müssen aber auch durch Betriebe und Kommunen flächendeckend Angebote etabliert werden, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur selbstverständlich machen – sondern auch praktisch, einfach und stressfrei ermöglichen. Pauscha-

lisierte Konzepte für alle Gemeinden, diese Aufgabe zu erfüllen, gibt es nicht. Jede Gemeinde muss hier ihren eigenen Weg finden. Grundsätzlich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einem umfangreichen Maßnahmenspektrum verbunden. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pflege und Beruf sowie Schule und Beruf sowie eine Förderung flexiblerer Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten und eine Unterstützung von Tagesmüttern und Tagesvätern um diese nicht durch eine bürokratische Überregulierung zu behindern. Für uns Freie Demokraten ist es wichtig, dass Eltern wirkliche Wahlfreiheit der Betreuungsangebote erhalten.

- eine durch das Land unterstützte Ganztagsbetreuung. Dabei sind unterschiedliche Angebote und Träger - Ganztagschulen, Kinderhorte oder andere Ganztagsbetreuung in freier Trägerschaft - gleich zu behandeln und gleich zu fördern. Das dafür vorgesehene Budget muss hier dem Kind folgen. Es ist darüber hinaus darauf zu achten, dass Ganztagschulen auch eine Ganztagsbetreuung anbieten - es kommt bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nämlich insbesondere darauf an, dass die übliche Arbeitszeit plus Fahrzeiten durch die Betreuung abgedeckt ist.

- ein entschiedenes Angehen des Problems der Schulferienbetreuung. Ziel muss sein, dass berufstätige Eltern durch die lange Ferienzeit nicht über Gebühr belastet werden. Hierzu bedarf es verlässlicher Strukturen, die zusammen mit den Kommunen und Vereinen entwickelt bzw. verbessert werden müssen und die auch eine zuverlässige Nachmittagsbetreuung gewährleisten können.

- das Auflegen von Programmen zur beruflichen Weiterbildung in der Familienphase und zum Wiedereinstieg in den Beruf.

Geflüchtete

Der Zustrom von Geflüchteten, Asylbewerbern und Menschen, die der wirtschaftlichen Not ihrer Heimat entfliehen wollen, ist eine der größten Herausforderungen vor der unserer Kommunen stehen. Auch wenn die großen Fragen auf internationaler, europäischer, Bundes- und Landesebene entschieden werden müssen – so zum Beispiel die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes mit Punktesystem und ein europäisches Asyl- und Flüchtlingssystem und die Vereinheitlichung der Registrierungsverfahren in den Bundesländern – tragen am Ende die Kommunen und die Bürger vor Ort die Kosten der Unterbringung und müssen sich um die Integration der Neuankömmlinge bemühen. Als FDP fordern wir auf Bundesebene neben dem Einwanderungsgesetz den Spurwechsel, der es abgelehnten Asylbewerbern, die gut integriert sind und sich bereits in Lohn und Brot bzw. Ausbildung befinden, ermöglicht, über die Kriterien des Einwanderungsgesetzes legal einen Aufenthaltsstatus in Deutschland zu erhalten. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns ein für

- die Wiedereinführung der Residenzpflicht für Bewerber im Verfahren und abgelehnte Asylbewerber.
- einen Abbau von Arbeitsverboten und Restriktionen bei Praktika und Zeitarbeit. Geflüchtete sollen schnell ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Die FDP fördert aktiv einen besseren Austausch zwischen den Ausländerbehörden und der lokalen Wirtschaft.
- eine bessere finanzielle Unterstützung durch Bund und Land der Kommunen bei den Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten. Ein gutes Beispiel ist hier die Schwarz-Gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen, die die Integrationspauschale des Bundes direkt und komplett an die Kommunen weitergegeben hat.
- eine Sprachstandabfrage der Sprachen Deutsch und Englisch in den Erstaufnahmeeinrichtungen und die Vermittlung der deutschen Sprache sofort nach der Ankunft.

- eine verpflichtende und jedem Geflüchteten und Asylbewerber offenstehende Teilnahme an Integrationskursen, sobald sie die Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder verlassen können.
- die Vermittlung der Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, welche dabei stets im Vordergrund stehen muss.

**Kommunale Finanzpolitik /
schlanke Verwaltung /
Transparenz für den Bürger**

Digitalisierung in den Kommunen

Die Digitalisierung ist eines der wichtigsten Themen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit einer Kommune. Hier müssen heute die Weichen für die nächsten Jahrzehnte gestellt werden, zur Sicherung von Standorten, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Bildung und Weiterbildung, sowie für eine bürgerfreundliche Verwaltung. Die Digitalisierung ist zudem ein unverzichtbarer Faktor, dem globalen Wettbewerb gerecht zu werden. Weder Gemeinden, noch Schulen und Betriebe sind ausreichend für die Zukunft ausgestattet. Betriebe, insbesondere des Mittelstandes, drohen im nationalen und internationalen Wettbewerb zurückzufallen. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine flächendeckende symmetrische Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen (Glasfasernetz und moderne Mobilfunk-Standards). Förderanträge müssen entbürokratisiert werden, Förderprogramme des Landes und des Bundes miteinander kompatibel sein.
- einen Ausbau von E-Government und Open Data, um dem Bürger mehr Transparenz in den kommunalen Verwaltungsprozessen zu bieten und Behördengänge zu erleichtern oder direkt vom Computer aus zu ermöglichen.

- eine zeitgemäße technische Ausstattung von allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen als eine Grundvoraussetzung für bessere Bildung und berufliche Qualifikation. Deshalb sind digitale Kompetenzen zu vermitteln und als eine Kernaufgabe der Schulen voranzutreiben sowie Bildungseinrichtungen flächendeckend mit moderner Technik (Hard- und Software) auszustatten.
- eine möglichst technologie- und anbieteroffene Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, um wettbewerbliche Strukturen auf der Anbieterseite zu fördern. Standardisierung (bundes- oder landesweit) ist notwendig, um effiziente Lösungen für Verwaltungsprozesse zu finden.

Kommunale Finanzen

Die Gemeinden in Baden-Württemberg sind in der finanziellen Situation (Verschuldung, Spielraum für Investitionen, Einnahmeerwartungen) im Ländervergleich (neue Bundesländer, Nordrhein-Westfalen, Stadtstaaten) gut aufgestellt. Für Liberale ist eine aktuelle zufriedenstellende Finanzsituation in den Gemeinden allerdings kein Argument zur Zufriedenheit. Zumal es auch in Baden-Württemberg zahlreiche Kommunen gibt, deren Verschuldung trotz guter konjunktureller Lage weiterhin steigt. Vereinzelt stellen Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt auf. Das Argumentationsspektrum der FDP ändert sich also nicht: Zurückhaltung bei der Gewährung freiwilliger Leistungen; konsequente Sanierung kommunaler Bauten und Infrastruktur; kritische Beurteilung zusätzlicher Aufgaben; Ausgabenkontrolle; Investitionen in Maßnahmen der „familiengerechten“ Gemeinde. Die kritische Beachtung gilt weiterhin der Aufgabenzuweisung von Bund und Land an die Gemeinden (siehe auch Konnexitätsprinzip). Deshalb setzen wir uns ein für

- eine solide Haushaltsplanung in der Gemeinde, um die Zukunftsfähigkeit zu sichern und nachfolgende Generationen nicht über Gebühr zu belasten.
- einen Abbau des Sanierungsstaus bei öffentlichen Gebäuden und der Infrastruktur.

- eine bessere Ausgabenkontrolle.
- seriöse Kostenschätzungen und mehr Projektdisziplin zur Vermeidung zusätzlicher Kosten bei Bauprojekten.

Personalmangel in den Verwaltungen

In Zeiten positiver Wirtschaftsdaten fällt es den Kreisverwaltungen und den Gemeinden zunehmend schwer (bis zur Unmöglichkeit), qualifiziertes Personal zur Aufgabenwahrnehmung einzustellen. Nicht selten bezahlt die freie Wirtschaft, insbesondere in den technischen Berufen, das Doppelte dessen, was der öffentliche Dienst bieten kann (strenge Gehaltsobergrenzen, Kommunalaufsicht). Auf dem Arbeitsmarkt hat der öffentliche Dienst deutliche Wettbewerbsnachteile gegenüber Banken, Handel, Dienstleistungen, Gewerbe und Industrie.

Kreisverwaltungen und Gemeinden sollten daher im Fall der Personalauslese oder bei drohender Abwanderung von qualifiziertem Personal mehr Entscheidungsfreiheiten in der Gehaltsbemessung bekommen (deutliche Abkehr von tariflichen Obergrenzen) bis hin zur Gewährung besonderer Leistungszulagen und verbesserter Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb setzen wir uns ein für

- mehr Flexibilität für Landkreise und Gemeinden bei Personalauslese und Besoldung.
- mehr Wertschätzung des Personals in den Verwaltungen.
- eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. durch flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmodelle, Möglichkeiten von Homeoffice und Eltern-Kind-Zimmer.
- eine bessere Unterstützung von Rückkehrerinnen und Rückkehrern nach Elternzeit und Freizeitphasen, z.B. durch ein Intranet und Betriebsveranstaltungen, die auch beurlaubten Mitarbeitern zur Verfügung stehen und Schulungsangebote, um den „Stand der Technik“ zu halten.

- eine Chance der Einstellung von qualifizierten Seiteneinsteigern.

Gewerbeflächen

Der Bedarf an gewerblichen und industriellen Bauflächen wächst kontinuierlich; das gilt auch für solche Gemeinden, die eine Entwicklung auf derzeitigem Stand festschreiben möchten. Die Gemeinden sehen sich mit der Dynamik in der gewerblichen Wirtschaft konfrontiert, dass deren Flächenbedarf (Fläche je Arbeitsplatz) stetig zunimmt. Das gilt für überdachte gewerbliche Bereiche und für Arbeitsbereiche im Freien gleichermaßen. Zugleich hängt eine zukunftsfähige Politik für die Gemeinde auch von der Ansiedlung attraktiver Betriebe ab. Besondere Herausforderungen ergeben sich für solche Gemeinden, die keine innerörtlichen Baulandreserven besitzen und gleichzeitig regionalplanerisch durch Vorrangflächen oder andere Schutzgebiete begrenzt sind (absehbarer Konflikt zwischen dem Flächenbedarf und dem Schutzbedürfnis der Landschaft). Deshalb setzen wir uns ein für

- einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Ressource Fläche. Mit Augenmaß sollten neue Gewerbeflächen ermöglicht werden können, die regionale Raumordnung bei den Flächenbedarfen ist dann zu überprüfen.
- die weitgehende Nutzung innerörtlicher Baulandreserven sowie die Zusammenarbeit von Gemeinden bei interkommunalen Gewerbegebieten.
- die Überprüfung bestehender Bebauungspläne. Gerade für die Bedürfnisse kleiner Betriebe eignet sich oft auch die Anpassung von Bebauungsplänen in Mischgebiete oder Urbane Gebiete.
- die Nutzung aufgegebener Flächen (Gewerbebrachen, Konversionsflächen). Hierfür benötigt die Gemeinde eine engagierte Wirtschaftsförderung.

Hebesätze Gewerbesteuer

In der jahrzehntelangen Diskussion über das Thema „Abschaffung der Gewerbesteuer / Neuverteilung des Steueraufkommens zugunsten der Gemeinden“ ist wenig Bewegung auf der politischen Ebene entstanden. Es ist davon auszugehen, dass die Gewerbesteuer als wichtige Einnahmequelle den Gemeinden verbleibt. Für die FDP versteht es sich, bei Bestrebungen, die Gewerbesteuer (auch moderat) anzuheben, Zurückhaltung zu zeigen. Jede Anhebung der Hebesätze für die Gewerbesteuer ist eine Gratwanderung zwischen Einnahmeerwartung und sinkender Attraktivität für Betriebe, sich in der Gemeinde anzusiedeln oder in der Gemeinde zu verbleiben. Deshalb setzen wir uns ein für

- gute Rahmenbedingungen für Investitionen vor Ort, die gerade in Zeiten der Globalisierung für unsere Unternehmen essenziell sind.
- moderate Gewerbesteuer-Hebesätze.
- eine Neustrukturierung der Gewerbesteuer auf Bundesebene, um den Gemeinden eine verlässliche Finanzbasis zu sichern und gleichzeitig den Mittelstand nicht über Gebühr zu belasten. Denn insbesondere multinationale Konzerne können durch entsprechende Zuordnung ihrer Einnahmen und Ausgaben zu ihren Standorten die Gewinnhöhe in Deutschland und damit auch die Gewerbesteuerzahlung an die Gemeinden beeinflussen.

Hebesätze Grundsteuer

Die Grundsteuer dient der Basisfinanzierung für jede Gemeinde, da sie stabile und damit planbare Einnahmen garantiert. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die derzeitige Bemessung der Grundsteuer für Immobilien auf Grund der überholten Einheitswerte und dadurch entstehenden Ungleichbehandlungen verfassungswidrig ist, warten die Gemeinden auf eine gesetzliche Neuregelung bis zum Jahr 2019. Die FDP sieht im verfassungsrechtlichen Auftrag einer Neuregelung die Chancen, einerseits die Kompetenzen der Bundesländer bei der

Bemessung der Grundsteuer zu stärken und andererseits Wege zur Vereinfachung der Bemessung (Abbau bürokratischer Hürden) und zu mehr Zielgenauigkeit und damit zu mehr Gerechtigkeit zu finden.

Der derzeitige Schwebezustand (Nichtigkeit alter Bemessungsgrundlagen, das Warten auf gesetzliche Neuregelung) erhöht die politische Aufmerksamkeit. Da die Grundsteuer vom Vermieter in die Nebenkosten mit eingerechnet werden kann, trifft sie Eigentümer wie Mieter gleichermaßen. Deshalb setzen wir uns ein für

- moderate Grundsteuer-Hebesätze.
- eine stärkere Vereinfachung der Grundsteuererhebung und damit für mehr Zielgenauigkeit bei der Bemessung.

Jugendgemeinderäte und Jugendbeteiligung

Eine Vielzahl von Gemeinden in Baden-Württemberg hat in den letzten beiden Jahrzehnten das Gremium des Jugendgemeinderates geschaffen; die FDP befürwortet derartige Gremien. Für Liberale ist der Jugendgemeinderat eine hervorragende Einrichtung, um Jugendliche für die Arbeit für die Gemeinschaft zu begeistern und sich gesellschaftlich einzubringen. Der Jugendgemeinderat soll aktiv am politischen Leben teilnehmen, die Belange der jüngeren Generation auf kommunaler Ebene vertreten, Themen finden und diese Themen im Gemeinderat vorbringen und möglichst durchsetzen. Gemeinderäte sollen dazu angehalten werden, die Belange des Jugendgemeinderates sehr ernst zu nehmen. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Einrichtung von Jugendgemeinderäten zur Beteiligung der Jugend an politischen Entscheidungen, die die Jugend betreffen.
- ein Teilnahme- und Rederecht der Sprecher des Jugendgemeinderates an Gemeinderatssitzungen (Ausschüssen).

- ein Antragsrecht des Jugendgemeinderats oder vergleichbare Formen.
- eine Würdigung des Engagements von Jugendgemeinderätinnen und Jugendgemeinderäten z.B. in deren Zeugnissen.
- einzelne Freistellungen der Jugendgemeinderätinnen und Jugendgemeinderäte in Schule und Ausbildung, solange es sich um einen vertretbaren Rahmen handelt.
- alternative Formen der Jugendbeteiligung wie z. B. Jugendforen oder Jugend Hearings in Gemeinden, in denen kein Jugendgemeinderat zustande kommt.

Kommunale Partnerschaften

Partnerschaften von Großstädten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen mit gleich oder ähnlich strukturierten Gebieten in anderen Staaten (oder innerhalb Deutschlands) aktivieren das Gemeinschaftsleben und erhöhen den Erfahrungshorizont. Sie dienen dem Verständnis untereinander und helfen Vorurteile abzubauen. So ist nach Jahrhunderten der Kriege zwischen Deutschland und Frankreich die Deutsch-Französische Freundschaft, getragen von zahlreichen Städtepartnerschaften, zum Erfolgsmodell für einen dauerhaften Frieden geworden.

Partnerschaften können von der Politik angeschoben und beschlossen werden; gelebt werden müssen Partnerschaften jedoch von der breiten Bevölkerung und deren Institutionen. Wesentliche Elemente einer Partnerschaft aus liberaler Sicht sind die Beziehungen von Schulen, Vereinen, Verbänden und Kirchen. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Unterstützung von Jugend- und Vereinsbesuchen in Partnerkommunen sowie Schüleraustauschprogrammen.
- eine in regelmäßigen Abständen stattfindende Überprüfung des Partnerschaftsgedankens, um diesen gegebenenfalls auf eine neue Basis zu stellen. Bund und Land beauftragen die Landkreise und Kommunen

durch Gesetze und Verordnungen mit Leistungen, denen es trotz fester Zuschüsse an vollständiger Finanzierung mangelt. Die Landkreise und Kommunen können vielfach nicht kostendeckend arbeiten. Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen eigener Gesetzgebung die finanziellen Mittel bei der Aufgabenzuweisung an Landkreise und Kommunen zwar deutlich verbessert, allerdings noch immer nicht ausreichend. Häufig bleiben Landkreise und Kommunen auf wesentlichen Kosten sitzen. Deshalb setzen wir uns ein für

- einen vollständigen Finanzausgleich, wenn durch Bund und Land Aufgaben an Landkreise und Kommunen verordnet werden. Diese Strategie wird auch die Politik der Liberalen in den kommenden Jahren bestimmen.
- einen kritischen Blick auf den Grad der Umsetzung der Pflichtaufgaben. Denn sobald diese umfangreicher als vorgeschrieben erfüllt werden, ist dieser Teil den freiwilligen Leistungen zuzuordnen, und stellt dabei häufig eine große Belastung der kommunalen Haushalte dar.

Leitbilder kommunaler Entwicklungen

Vielen Kommunen fehlt es an Zielvorstellungen für die nächsten Jahre bzw. die nächsten Jahrzehnte. Eine Leitbilddiskussion mit professioneller Unterstützung kann hierbei eine Lösung sein.

Ein kommunales Leitbild ist ein Entwicklungsprozess, der nur dann effektiv sein kann, wenn er auf vielen Schultern der Gesellschaft getragen wird (Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Kinder und Jugendliche, Verwaltung). Das Ergebnis des Leitbildprozesses beantwortet die Frage, wo die Kommune in den nächsten Jahren (Jahrzehnten) ihr Potenzial sieht und welche Maßnahmen auf diesem Weg geeignet sind, diese Ziele schrittweise zu erreichen. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Unterstützung und Motivation von Kommunen bei der Erstellung von Leitbildern der Entwicklung, damit diese sich auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen können.

- eine Leitbilddiskussion unter Einbeziehung aller handelnden Akteure einer Kommune.

Wirtschaft

Einzelhandel

Der lokale Einzelhandel ist sowohl in ländlichen Gebieten als auch in städtischen Ballungsräumen einem anhaltenden Strukturwandel ausgesetzt. Geeignete kleinräumige Strategien können Kunden und Händler am Ort auch bei geänderten Konsumverhalten vieler Verbraucher optimistisch in die Zukunft schauen lassen. Deshalb setzen wir uns ein für

- einen Bürokratieabbau für Einzelhändler statt weiterer Regelungen zu Arbeitszeiten und neuer Registrierkassen, die oft von den eigentlichen Aufgaben abhalten.
- attraktive Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze für Fachkräfte.
- die Schaffung digitaler Einkaufsstädte. Dies kann den Ladenbesitzern helfen, sich auf geändertes Konsumentenverhalten erfolgreich einzustellen.
- eine Verhinderung weiterer Fahrverbote, durch welche Einzelhändlern Kunden aus dem Umland verloren gehen.
- ein begrenztes gebührenfreies Kurzzeitparken in Innenstädten.

Mittelstandspolitik

Mittelständische Betriebe beschäftigen mehr als 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtig angestellten Arbeitnehmer. Dabei erwirtschaften sie fast 40 Prozent aller Umsätze und stellen ca. 80 Prozent aller Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Daher fordern wir Liberale:

- moderate Gewerbe- und Grundsteuer-Hebesätze.
- das Optimieren und Vorantreiben der Digitalen Kommunalen Infrastruktur (z.B. schnelle und zuverlässige Internetverbindungen, Netzabdeckung Mobilfunk), um Wettbewerbsnachteile von mittelständischen Unternehmen zu vermeiden.
- den Abbau von Bürokratie und den Ausbau von E-Government (Vereinfachung und mehr Transparenz von Verwaltungsprozessen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken).
- bestehende kommunale Wirtschaftsförderungsprogramme zu evaluieren und auch auf die Anforderungen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) anzupassen.
- eine unbürokratische Förderung von Existenzgründungen.
- gute Betreuung der Bestandsgewerbetreibenden, um diese am Standort zu halten.
- im Spannungsfeld drohender Fahrverbote runde Tische mit Gewerbetreibenden und Planern zu schaffen, um Verkehrsströme zukunftsicher planen zu können.
- kleine und mittlere Unternehmen bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen zu beraten und zu unterstützen.
- die gezielte Unterstützung von Arbeitgebern mit Migrationshintergrund zur Gewinnung als Ausbildungsbetriebe.
- eine adäquate Ausstattung der Berufsschulen zu schaffen und zu gewährleisten, sodass die Ausstattung dem aktuellen technischen Stand für die jeweiligen Berufsfelder entspricht.
- ein bedarfsgerechtes Angebot an Gewerbeflächen für Erweiterung

oder Neuansiedlung von Betrieben zu schaffen.

- interkommunale Gewerbeparks mit gemeinsamer Infrastruktur zu unterstützen und den Bedarf auch neuer Arbeitsformen wie z.B. Co-Working-Spaces und flexible Raumangebote mit zu berücksichtigen.

Hotels und Gaststätten

Den Hotels und Gaststätten kommt in Baden-Württemberg eine hohe Bedeutung zu. Gaststätten sind gerade in kleineren Gemeinden oft ein zentraler Ort der Begegnung, Hotels sind nicht nur in städtischen Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen oft eine bedeutende wirtschaftliche Kraft und große Arbeitgeber. Komplizierte bürokratische Anforderungen in allen Bereichen wie z. B. die Hürden bei Aus- und Erweiterungsbauten durch unangemessen hohe Auflagen machen es der Branche aber zunehmend schwer. Deshalb setzen wir uns ein für

- spürbare bürokratische Entlastungen, zum Beispiel bei den Arbeitszeitdokumentationspflichten.
- ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem, denn der Fachkräftemangel betrifft nicht nur hochspezialisierte Bereiche, sondern auch den Dienstleistungsbereich.
- eine Unterstützung durch die Gemeinden, etwa in Form von Informationsangeboten bei Nachfolgeregelungen.

Innovationen und Firmengründungen

Wenn Land und Kommune an einem Strang ziehen und den richtigen Ordnungsrahmen setzen, können kommunale Gründerzentren zu einem echten Erfolg für die Kommune werden. Eine gute Infrastruktur und ein intensiver Wissenstransfer zwischen Gründungszentren und Hochschulen ist dabei unabdingbar. So können vor Ort, auch in ländlichen Regionen, attraktive Arbeitsplätze entstehen, Abwanderung verhindert

werden und sogar neue Arbeitskräfte mit ihren Familien angelockt werden. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine engagierte kommunale Wirtschaftsförderung und Erschließung mit der erforderlichen digitalen und verkehrlichen Infrastruktur.
- gute Rahmenbedingungen für Investitionen vor Ort, vor allem auch für mäßige Gewerbesteuersätze.
- neue Arbeitszeitmodelle und die Forcierung einer modernen Wirtschaftsansiedlung, etwa durch shared desks, gerade auch außerhalb von urbanen Ballungsräumen.

Interkommunale Gewerbegebiete

Die Kooperation zwischen Kommunen bei der Erschließung von Gewerbegebieten kann für die beteiligten Partner große Vorteile durch das Teilen anfallender Lasten mit sich bringen. Der Flächenverbrauch wird durch weniger Erschließungsinfrastruktur reduziert, die Kosten geteilt. Insbesondere für Kommunen, die durch landwirtschaftliche Begrenzungen oder geschützte Landschaftsteile nicht über eigene oder ausreichende gewerbliche Baulandreserven verfügen. Deshalb setzen wir uns ein für

- Verwaltungs- und Planungsstrukturen zur Überwindung von Kooperationshindernissen. Landkreise, Regierungspräsidien und Regionalverbände sollen dabei unterstützend wirken.
- eine unabhängige Moderation der Kooperationsprozesse durch Dritte.

Landwirtschaft und regionale Produkte

Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist bedeutender Wirtschaftszweig und Garant für die Pflege unserer vielfältigen Kulturlandschaft zugleich. Landwirtschaftliche Unternehmer entwickeln ihre Betriebe über Generationen hinweg. Die Kommunen sollen sie als starker Part-

ner begleiten. Deshalb setzen wir uns ein für

- Entbürokratisierung, die den Landwirten mehr unternehmerische Selbstbestimmung ermöglicht. Über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Bewirtschaftungsauflagen für Pächterinnen und Pächter landwirtschaftlicher Nutzflächen aus kommunaler Hand lehnen wir daher ab.
- die unbürokratische Genehmigung von Hofläden, Verkaufsständen und anderen mitgezogenen Nutzungen der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Erzeugung im Außenbereich.
- ein intaktes und dem heutigen Stand der Technik in Land- und Forstwirtschaft angepasstes Wirtschaftswegenetz. Die Tragfähigkeit der multifunktional genutzten Wege muss den heutigen Standards entsprechen.

Tourismusförderung

Der Tourismus in Baden-Württemberg ist ein solides wirtschaftliches Standbein und in vielen Regionen von zentraler Bedeutung. Wir wollen die Menschen unterstützen, die Baden-Württemberg von seiner schönsten Seite zeigen und als perfekte Gastgeber dafür sorgen, dass es für viele Touristen immer attraktiver wird, ihre Freizeit zwischen Kurpfalz und Bodensee, Ostalb und Breisgau zu verbringen. Deshalb setzen wir uns ein für

- ein ansprechendes, gepflegtes Erscheinungsbild unserer Landschaften, Gemeinden und Städte. Dies ist und bleibt der erste Garant für touristischen Erfolg.
- touristische Zusammenschlüsse mehrerer Gemeinden und örtliche Tourismusvereine.
- ein einheitliches grenzüberschreitendes Auftreten der Tourismusregionen und gemeinsame Werbung für die Region.
- die Zusammenarbeit von Gastronomen und Hoteliers, welche beratend und werbetechnisch unterstützt werden sollen.

Sicherheit

Sicherheit in Kommunen und Landkreisen

Unsere Bürgergesellschaft lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. In Vereinen, Religionsgemeinschaften, in Bürgerstiftungen oder Selbsthilfeorganisationen unterstützen sie einander besser als es jede körperschaftliche oder staatliche Organisation könnte.

Liberaler vertrauen den Menschen. Wir vertrauen unsere Sicherheit schon jetzt ehrenamtlichen Kräften, z.B. in der Feuerwehr, in Rettungsorganisationen, im THW oder im DLRG, an – und wir tun gut daran, dieses Ehrenamt für die Bürgergesellschaft dauerhaft zu unterstützen.

Die offene, werteorientierte Integration von Migranten, die positive Anerkennung kultureller Vielfalt, das klare, demokratische Anliegen gegen jede Form des Extremismus, sei es religiöser, links- oder rechts-extremistischer Art, kann nur in einer selbstbewussten Bürgergesellschaft vor Ort gelebt werden. Am besten ist es, die Menschen zu stärken und Kriminalität wirksam und nachhaltig vorzubeugen, statt an Symptomen herum zu doktern. Andererseits fordern wir konsequente rechtsstaatliche Maßnahmen, wenn Bürgerinnen und Bürger durch kriminelles Handeln Vertrauen missbrauchen. Das gilt für alle, auch diejenigen, die nur vorübergehend hier leben. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine bessere Unterstützung aller in der Jugendarbeit Tätigen, sei es an Schulen, in Vereinen, in der freien Jugendarbeit oder in den Behörden – damit früh Probleme erkannt und gemeinsam angegangen werden können. Eine Kultur des Hinsehens und wirksame Jugendarbeit hilft mehr als nur der Erlass weiterer Verbote und das öffentlichkeitswirksame Kurieren an Symptomen.

- eine bessere und langfristige (Kriminal-)Prävention. Wir wollen in Landkreisen Stiftungen für die „öffentliche Sicherheit“ einrichten, um nicht immer nur kurzfristig und nach Kassenlage nötige Präventionsprogramme z. B. zum besseren Schutz vor Einbruchdiebstählen, zum Umgang mit

Medien und Mobbing, Erste-Hilfe-Kurse, zur Brandprävention oder den Schwimmunterricht von Kindern durchzuführen. Solche Präventionsprogramme brauchen eine Verstetigung und Vernetzung z. B. mit Polizei, Schulen und Rettungsorganisationen, um nachhaltig wirken zu können.

- zielgerichtete Programme, die sich an Frauen wenden, um Selbstverteidigung und Selbstbewusstsein zu stärken. Einrichtungen, die Frauen Schutz bieten, müssen dauerhaft gesichert finanziert werden. Wir wollen mit besseren Strukturen und einer gezielten Förderung besser gegen „häusliche Gewalt“ und Menschenhandel vorgehen.

- mehr Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern sowie Menschen mit Behinderungen, wenn es darum geht, u.a. ihr Umfeld sicherer und einfacher zu gestalten. Senioreninnen und Senioren sollen u.a. bei (bau-)planerischen Entscheidungen für sichere und zugängliche Quartiere einbezogen werden.

- beratende Ausschüsse für „Öffentliche Sicherheit“ in den Landkreisen und Kommunen, damit Polizei und Rettungseinrichtungen, Vereine sowie die örtliche Wirtschaft regelmäßig mit Kreis- und Stadträten wesentliche Fragen der Stärkung des Ehrenamts, der Vernetzung der in der Öffentlichen Sicherheit Tätigen voranbringen, neue Projekte, wie z.B. zur Warnung der Bevölkerung bei Schadenslagen oder zur besseren Rekrutierung von Rettungskräften, besprechen oder die bestmögliche Verhinderung von Großschadenslagen (z.B. Unwetter, Hochwasser) gemeinsam und verantwortlich angehen können.

- die Aufnahme einer Regelung in das Landespolizeigesetz, die Videoaufnahmen in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen präzisen Regeln unterwirft und damit praktikabel macht. Eine Ausweitung der anlasslosen Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir aus Datenschutzgründen ab.

- ein Festhalten daran, dass polizeirechtliche Alkoholverbote in der Regel kein geeignetes Mittel zur Gefahrenabwehr sind. Die Regelung der Sperrzeiten für Gaststätten obliegt den zuständigen kommunalen Entscheidungsträgern.

Polizeipräsenz in den Kommunen

Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer Stadt oder Gemeinde nicht sicher fühlen, werden sich auch nicht mit ihr identifizieren. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wurde durch die grün-rote Polizeireform nicht gestärkt, weil sie die Präsenz der Polizei vor Ort geschwächt hat. Die Evaluation der Polizeireform hat viele Fehler klar benannt und Änderungsbedarf angemahnt, der von der Landesregierung zum Schaden der Situation vor Ort auf das Jahr 2020 vertagt und selbst dann nur im geringen Umfang aufgegriffen wird. Zudem müssen die Polizeipräsidien weiter an Ausrüstung und Benzin sparen. Der erreichbare Polizist, auch im ländlichen Raum, ist der bessere Ansprechpartner als jede zusätzliche Kamera. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine bessere Ausstattung der Polizeikräfte vor Ort. Die Polizeireform in Baden-Württemberg bindet viel zu viel Kräfte, schafft neue Bürgerferne, längere Wege und hilft nicht, mehr Polizei auf die Straße zu bringen.
- bessere Technik, die helfen kann, die Beamten von unnötiger Bürokratie zu befreien und mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit, die Bekämpfung und Prävention von Kriminalität, aufzubringen.
- kommunale Ordnungsdienste, wie zum Beispiel in Heilbronn, die nicht die Polizei ersetzen, aber in der Lage sind, Ordnungsstörungen zu unterbinden und Präsenz zu zeigen. Sie erhöhen die Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden für alle Menschen im öffentlichen Raum.
- eine Geschwindigkeitsüberwachung die der Sicherheit dient und nicht der Sanierung kommunaler Finanzen.

Feuerwehren und Brandschutz

Die Feuerwehren des Landes sind neben der Polizei wesentlicher Garant der Inneren Sicherheit. Sie stehen an allen Tagen des Jahres rund um die Uhr verlässlich und kompetent der Allgemeinheit zur Verfügung, um nicht nur Menschen und Tiere zu retten, Brände zu bekämpfen und technische Hilfe zu leisten, sondern vielmehr auch, um für sonstige Ein-

sätze und unklare Gefahrenlagen einer der ersten Ansprechpartner zu sein. In den Gemeindefeuerwehren versehen nahezu 170.000 Menschen und rund 98 % aller Feuerwehrangehörigen in Baden-Württemberg ihre Tätigkeit ehrenamtlich; neben ihrem Beruf und neben den Anforderungen aus Familie und Alltag. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine nachhaltige Unterstützung der Feuerwehren. Sowohl die Nachwuchsförderung als auch die Stärkung erfahrener Kräfte braucht mehr Unterstützung.
- Kampagnen für mehr Frauen und Migranten, die der Feuerwehr helfen können, die demografische Entwicklung abzumildern.
- eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Rettungsorganisationen.
- verlässliche Investitionen in moderne Technik.
- die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Bildungsgutscheine, zum Beispiel durch kostenfreie VHS-Seminare.

Index

Symbole

5G 14

A

Abfallwirtschaft 17

Abstellmöglichkeiten 13

Abwanderung 37

Abwasserwärme 17

Alkoholverbote 49

Alternative Antriebe 12

Anschlussunterbringung 7, 25

Anti-Mobbingaufklärung 30

Arbeitsmarkt 37

Arbeitsmöglichkeiten 32

Arbeitsplätze 43

Arbeitsumfeld 29

Arbeitszeitdokumentationspflichten 45

Arbeitszeitmodelle 46

Artenvielfalt 20

Ärzte 31, 32

Asylbewerber 7, 34

Aufklärung 26

Aufstiegsmöglichkeiten 37

Ausbildungsplätze 43, 44

Ausgabenkontrolle 37

Auszubildende 29

B

Barrierefreiheit 14, 15, 30

Bauen 6

Baulandreserven 6, 7, 38, 46

Baulückenatlas 8

Bebauungspläne 6, 38

Bemessungsgrundlagen 40

Berufsschulen 22, 44

Bestandsgewerbetreibende 44

Beteiligungsverfahren 26

Betreuung 22, 23, 24

Bewirtschaftungsaufgaben 47

Bezahlbarer Wohnraum 29

Bibliotheken 27

Bildung 22, 29, 36, 51

Blühstreifen 20

Brandschutz 49, 50

Breitbandanschlüsse 35

Bürgerbeteiligung 25, 27

Bürgerbusse 30

Bürgergesellschaft 48

Bürgerschaftliches Engagement 27

Bürokratie 43, 50

Busse 12

C

Carsharing 11

Chancengerechtigkeit 22

Co-Working-Spaces 45

D

Demografische Entwicklung 51

Demokratie 26

Denkmalpflege 9

Deponie 18

Deutschkurse 25

Digitale Kommunale Infrastruktur 44

Digitale Einkaufsstädte 43

Digitalisierung 29, 35, 36

Direkte Demokratie 25

Dorfläden 27

E

E-Government 35, 44

Ehrenamt 25, 27, 28, 30, 49, 51

Eigentumsquote 7

Einbruchdiebstähle 48

Einwanderungsgesetz 34, 45

Einwohneranträge 25, 27

Einzelhandel 43

Elektrolastenträder 13

Elektromobilität 12

Eltern 24

Eltern-Kind-Zimmer 37

Elternzeit 37

Energie 17

Entbürokratisierung 30

Entsorger 18

Erddeponien 18

Erschließungsinfrastruktur 46

Erstaufnahmeeinrichtungen 34, 35

Erste-Hilfe-Kurse 49

Erzieher 23

Existenzgründungen 44

Extremismus 48

Extremwetterereignisse 21

F

Fachhochschulen 29
Fachkräfte 28, 45
Fahrräder 11, 12
Fahrverbote 10, 43, 44
Familie 24, 25, 32
Fassadenbegrünungen 21
Feuerwehr 50, 51
Finanzausgleich 42
Finanzsituation 36
Firmengründungen 45
Flächenbedarf 7, 38, 46
Flexible Arbeitszeiten 37
Flüchtlingssystem 34
Fördern und Fordern 24
Fortbildungsmaßnahmen 25
Frauen 49, 51
Freizeiteinrichtungen 29
Friedhöfe 17
FTTB 13

G

Ganztagsbetreuung 33
Ganztagschule 22, 24, 33
Gastronomen 47
Gaststätten 45
Gebührengleichheit 23
Gefahrenabwehr 49
Geflüchtete 34
Generationengerechtigkeit 29
Geschossflächenzahl 6
Geschwindigkeitsüberwachung 50
Gesundheit 18
Gesundheitswirtschaft 31
Gewaltprävention 30
Gewerbeflächen 38, 44
Gewerbegebiete 19, 46
Gewerbesteuer 38, 39
Glasfaser 13, 14, 35
Gründerwerbsteuer 7
Gründerzentren 45
Grundflächenzahl 6
Grundsteuer 39, 40, 43
Grund- und Notversorgung 32
Grünflächen 20

H

Hardware-Nachrüstungen 10
Hausärzte 31
Hausaufgabenbetreuung 24
Häusliche Gewalt 49
Hebammen 32
Hebesätze 39, 40, 43
Heimbauerordnung 30
Highspeed-Internet 13
Hochschulen 29
Hochwasser 21, 49
Hofläden 47
Homeoffice 32, 37
Hotels 45, 47

I

Individualverkehr 10
Informations- und Kommunikationstechniken 44
Infrastruktur 8, 10, 13, 15, 16, 27, 29, 36, 44, 45, 46
Infrastrukturkataster 16
Innenentwicklung 6, 7
Innenverdichtung 7
Innovationen 31, 45
Insektenschutzmaßnahmen 21
Integration 24, 35
Interkommunale Gewerbegebiete 46
Interkommunale Zweckverbände 14
Internet 13, 44
Investitionsförderung 31

J

Jugendarbeit 48
Jugendbeteiligung 40, 41
Jugendgemeinderat 40, 41
Jugendtreffs 30
Jugendverkehrsschulen 13

K

Kammern 31
Kanalisationsnetze 16
Kassenärztliche Vereinigung 31
Kinderbetreuungsangebote 23, 28, 29, 33
KMU 44
Kommunale Finanzen 36
Kommunale Ordnungsdienste 50
Kommunale Partnerschaften 41
Kommunales Leitbild 42
Kommunale Wohnungsunternehmen 6

Kommunalverwaltungen 27
Konnexitätsprinzip 36, 41
Konversionsflächen 38
Krankenhäuser 31
Kriminalität 48, 50
Krippen 33
Kultur 28
Kulturelle Vielfalt 48
Kulturlandschaft 20
Kunst 28
Kurzzeitparken 43

L

Landärzte 31
Landespolizeigesetz 49
Ländlicher Raum 31
Landnutzung 19
Landwirtschaft 46
Lärmschutz 18
Lastenausgleich 25
Leistungszulagen 37
Leitbilddiskussion 42
Lichtbarrieren 21
Lichtkonzept 21
Liegenschaftskataster 9
Luft 10

M

Menschen mit Behinderungen 14
Messstellen 10
Migranten 44, 48, 51
Mischgebiete 38
Mitsprache 49
Mittelstandspolitik 43
Mobilfunk 35, 44
Mobilität 10, 12
Mobilitätskonzepte 11
Mobilitätsmix 10
Mobilitätswende 12
Mündige Patienten 32
Musikschulen 23

N

Nachfolgeregelungen 45
Nachverdichtung 7, 20
Nachwuchsförderung 51
National Roaming 14
Naturschutz 20

Netzabdeckung 14, 44
Notfallversorgung 32
Nutzflächen 47

O

Öffentlicher Nahverkehr 10, 11, 12, 13, 15,
16, 27, 30
Öffentlicher Raum 50
Öffentliche Sicherheit 48, 49
Öffnungszeiten 33
Open Data 35

P

Parkplätze 12
Partnerkommunen 41
Pedelecs 13
Personalauslese 37
Personalentwicklungspläne 23
Personalknappheit 32
Personalmangel 37
Pflege 23, 30, 33
Pflichtaufgaben 42
Planungsstrukturen 46
Polizei 49, 50
Polizeipräsenz 50
Polizeireform 50
Prävention 48, 50
Präventionsangebote 30
Präventionsprogramme 48
Praxen 31
P+R-Lösungen 10
Projektdisziplin 37

R

Radwege 12, 13
Regionale Produkte 46
Regionale Raumordnung 38
Regionalverbände 46
Registrierungsverfahren 34
Religionsgemeinschaften 48
Renaturierungsmaßnahmen 21
Residenzpflicht 34
Retentionsbecken 21
Rettungseinrichtungen 49
Rettungsorganisationen 48, 49, 51
Ridepooling 11
Ruftaxen 30

- S
- Sanierung 8, 9, 10, 15, 16, 36
 - Sanierungsstau 22
 - Schulen 22, 29, 49, 51
 - Schüleraustauschprogrammen 41
 - Schulferienbetreuung 33
 - Schulgebäude 22
 - Schulkindbetreuung 22, 24, 28
 - Schulungsangebote 37
 - Schutzhäuser 27
 - Schwimmunterricht 49
 - Selbsthilfeorganisationen 48
 - Selbstverteidigung 49
 - Senioren 30, 49
 - Seniengerechte Wohnungen 30
 - shared desks 46
 - Sicherheit 48, 50
 - Siedlungsdruck 7
 - Sofortreparaturen 16
 - Sofortsanierung 9
 - Soziales 30
 - Sperrzeiten 49
 - Sport 28, 29
 - Städtepartnerschaften 41
 - Stadtgrün 21
 - Stadtnatur 20
 - Stellplatzzahlen 6
 - Straßen 15
 - Streitkultur 26
 - Studentenwohnheimplätze 29
 - Suchtprävention 30
 - Synthetische Kraftstoffe 12
- T
- Tagesmütter 33
 - Tarifliche Obergrenzen 37
 - Technik 51
 - Technische Ausstattung 22
 - Technologieoffenheit 18
 - Teilzeitmodelle 37
 - Telemedizin 31
 - THW 48
 - Toilettenanlagen 15
 - Tourismus 47
- U
- Überschwemmungsgebiete 21
 - Übertragungsraten 13
 - Umgang mit Medien 48
 - Umgehungsstraßen 10, 19
 - Umwelt 17
 - Universitätsstandorten 29
 - Unwetter 49
 - Urbane Gebiete 38
- V
- Verbrennungsmotor 10
 - Verdichtung 7, 8
 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf 23, 24, 32, 33
 - Vereine 23, 25, 28, 49
 - Verkaufsstände 47
 - Verkehr 8, 10, 15, 16, 44
 - Verkehrsverbünde 11
 - Verschuldung 36
 - Versickerungsflächen 21
 - Versorgungskonzepte 32
 - VHS-Seminare 51
 - Videoüberwachung 49
 - Vorrangflächen 38
 - Vorschriften 6
- W
- Wahlfreiheit 33
 - Wahlrecht der Eltern 24
 - Weiterbildung 33
 - Werte 24
 - Wettbewerb 14, 18
 - Wetterereignisse 21
 - Wiedereinstieg in den Beruf 33
 - Wirtschaft 43
 - Wirtschaftsansiedlung 46
 - Wirtschaftsförderung 38, 44, 46
 - Wirtschaftswegenetz 47
 - Wirtschaftszweig 46
 - Wissenstransfer 45
 - WLAN 11
 - Wohneigentum 7
 - Wohnen 6, 29, 30
- Z
- Zielgruppenarbeit 30
 - Zielvorstellungen 42
 - Zuwanderungsgesetz 25

www.fdp-bw.de/kommunalwahl



Herausgeber:
FDP Baden-Württemberg
Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart
Tel. 0711/666 18-0
Email: fdp-bw@fdp.de
www.fdp-bw.de

**Freie
Demokraten**

Landesverband
Baden-Württemberg **FDP**